Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 5 (1964)

Heft: 12

Artikel: Die neue Volksfront-Losung

Autor: Revesz, Laszlo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076669

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die neue Volksfront-Losung

Von Laszlo Revesz

Die Volksfront, das Uebergangsbündnis der kommunistischen Parteien mit den bürgerlichen Arbeiterparteien, gehört heute wieder zur Losung Moskaus, besonders in seiner westeuropäischen Politik. Die lange Zeit verpönte Linie der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie findet jetzt offizielle Billigung und Propagierung. Sie gehörte auch zu den betonten Punkten am letzten französischen kommunistischen Parteitag und hat an einer kürzlichen lothringischen Abgeordnetenwahl bereits einen praktischen Erfolg erringen können. Die grundsätzliche Bedeutung dieser Losung im Rahmen der kommunistischen Theorie und Praxis wird im nachfolgenden Beitrag unseres Mitarbeiters deutlich gemacht.

Nach den Lehren des Marxismus-Leninismus ist die politische Partei im allgemeinen der bestorganisierte und aktivste Stosstrupp einer bestimmten gesellschaftlichen Klasse, der die Interessen der eigenen Klasse vertritt und im allgemeinen Klassenkampf für diese kämpft. Die einzelnen Klassen oder Parteien hatten ihre Heldenzeit, wo sie sich für den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt einsetzten. So war es mit den bürgerlichen Parteien: solange sie gegen die feudalen Institutionen kämpften, waren sie fortschrittlich, später aber, als sie unter dem Deckmantel der allgemeinen Freiheit (nach kommunistischer Auffassung gibt es die nie, denn die Frage muss immer gestellt werden: Freiheit für wen?) und Gleichberechtigung sowie der Parole der allgemeinen Demokratie (dies gibt es laut Marxismus-Leninismus niemals, denn die Demokratie ist ein Klassenbegriff) wirtschaftliche und soziale Ungleichheit anstrebten, wurden sie reaktionär.

Auch die Partei der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratische Partei, steht unter den allgemeinen Gesetzmässigkeiten der Geschichte der Parteien: auch sie war in ihrer heldenhaften, revolutionären Periode fortschrittlich, verriet aber später stufenweise die Interessen der Arbeiterklasse, verzichtete auf den Klassenkampf, predigte statt dessen die Klassenversöhnung, verzichtete auf die Revolution zugunsten der Evolution, auf den Bürgerkrieg zugunsten der parlamentarischen Methoden der Machtergreifung. Nachdem also die Führung der sozialdemokratischen Parteien «alten Typs» den Opportunismus gewählt hatte, tauchte die Notwendigkeit der Errichtung einer «Partei neuen Typs» auf, die die revolutionäre Entwicklungstheorie vertritt und jeden Kompromiss mit den Ausbeutern vermeidet. So kam die Reihe an die kommunistischen Parteien, und zwar zuerst innerhalb der Sozialdemokratie, als eine Spaltergruppe im Rahmen dieser Partei. Die erste «Partei neuen Typs» war 1903 im Rahmen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands die kleine Spaltergruppe, die den Namen «Bolschewiki» (Mehrheitler) trug, auch dann, als sie auch innerhalb der Parteiführung zu einer kleinen Gruppe wurde.

Aus Einheit zur Feindschaft

Der endgültige Bruch zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten wurde im Jahr 1919 sichtbar, als Lenin die Komintern gründete und die sozialdemokratischen Parteien vor die Wahl stellte, bei der Zweiten (sozialdemokratischen) Internationale zu bleiben oder mit ihr zu brechen und sich der Kommunistischen Internationale anzugliedern.

Die von der Kommunistischen Internationale (dritter Kominternkongress) angenommenen «Thesen über die Weltsituation» (aufgestellt von Trotzki und Varga) erklärten unter anderem dazu:

«Der Unterschied (zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten) besteht darin, dass die Sozialdemokraten die wirkliche revolutionäre Entwicklung versperren, dadurch dass sie, ob in der Regierung oder in der Opposition, alles tun, was sie können, um die Stabilität des bürgerlichen Staates wiederherstellen zu helfen, während die Kommunisten jede Gelegenheit und jedes Mittel ergreifen, um den bürgerlichen Staat zu stürzen oder zu vernichten.»

Wechselnde Taktik

Seit dieser Zeit galten die Sozialdemokraten als die schlimmsten Verräter am Volksinteresse und wurden an allen kommunistischen Konferenzen mit den gröbsten Worten beschimpft. Die Kommunisten betrachteten sich nun als die einzig legalen Vertreter der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen. Erzfeind war die Sozialdemokratie, denn diese hinderte die Kommunisten daran, die «Arbeitereinheit» herzustellen. Mit gröbsten Ausfällen gegen die Sozialdemokratie versuchten sie, aus kleinen Spaltergruppen grosse Parteien zu werden (was ihnen in einigen Ländern auch gelang). Nach dem vergeblichen Versuch aber, die Mehrheit der Arbeiterschaft auf sich zu vereinigen, erklärten sie sich für die Koalition, für die Partnerschaft mit dem bisherigen Erzfeind, und zwar im Rahmen einer Volksfront. Charakteristisch war aber für alle Bestrebungen auf Zusammenarbeit, auf Aussöhnung, auf die später geführte Volksfrontpolitik, dass die Kommunisten, die kleinere Gruppe, die Führung unbedingt an sich reissen wollten, um die «revolutionäre Linie» der Volksfrontpolitik zu garantieren.

Einige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg verschärfte sich jedoch die Lage erneut. Erzfeind wurde wieder der Sozialdemokrat, welcher «der Arbeitereinheit im Wege steht, der zu einem servilen Diener der kapitalistischen Wirtschafts- und bürgerlichen Gesellschaftsordnung» wurde.

In den Volksdemokratien strebte man in der ersten Periode eine Partnerschaft und Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Parteien an; eine gemeinsame «linke Front» im Rahmen der Volksfront gegen die damals noch existierenden bürgerlichen Parteien. Als diese mit Sowjethilfe aus dem Wege geschafft wurde, erzwangen die kommunistischen Parteien die «Vereinigung» mit den Sozialdemokraten, was in der Praxis die Einverleibung der grösseren sozialdemokratischen Parteien in die kleineren kommunistischen Parteien bedeutete. Die Begründung war, eine Klasse dürfe nur eine Partei haben, denn die Klasseninteressen seien gemeinsam. Nach der erzwungenen Vereinigung wurden in den «vereinigten» Parteien (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, Partei Ungarischer Werktätiger, die SED usw.) die Sozialdemokraten durch systematische und wiederholte «Säuberungen» (cistka) aus der Partei ausgestossen, ihre Leiter wurden der Spionage oder mindestens der Zusammenarbeit mit dem Westen beschuldigt und teilweise getötet, teilweise ins Gefängnis geworfen.

Und diesmal soll es gelten?

Immer wieder aber, wenn die internationale kommunistische Bewegung vor Schwierigkeiten steht, werden neue Bemühungen unternommen, um die Sozialdemokraten für eine Zusammenarbeit — deren Bedingung ist aber die kommunistische Führung — zu gewinnen. In diesem Sinne wurde auch der Beschluss der Konferenz der 81 kommunistischen Parteien in Moskau im November 1960 abgefasst. Seit 1960 ist die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten, die Bemühung nach einer gemeinsamen Arbeiterfront wieder offizielle kommunistische Parteilinie geworden, die nur von China und den der chinesischen Führung unterstehenden Kommunisten abgelehnt wird. Das offizielle ideologische Parteiorgan, die Monatszeitschrift des ZK der KPdSU, «Kommunist», veröffentlichte in ihrer Mainummer (Nr. 7/1964, S. 107—118) einen programmatischen und prinzipiellen Artikel über verschiedene Aspekte der Zusammenarbeit. Nicht nur die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten, sondern auch jene mit allen regimefeindlichen kleinbürgerlichen Kreisen und Parteien wird forciert. Als Bedingung wird aber gestellt: die Führung müsse restlos in kommunistischen Händen bleiben.

Zu gleicher Zeit streben aber die Kommunisten erneut eine Spaltung innerhalb der Sozialdemokratie an. Wie es im offiziellen neuen Programm der KPdSU (vom 31. Oktober 1951) heisst, spitzt sich die Kluft zwischen sozialdemokratischen Parteiführern und Parteien wird forciert. Die Bedingung wird aber — in kommunistischer Sicht — den grundlegenden sozialen Reformen der sozialistischen Revolution entgegen und nehmen den staatlichen Monopolkapitalismus in Schutz.

(Fortsetzung auf Seite 8)

Von Bundesrat Chaudet bestätigt

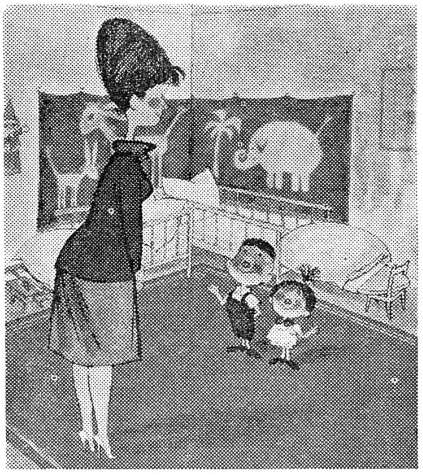
Das Schweizerische Ost-Institut ist in einer Reihe von Zeitungen zu Unrecht mit der militärischen Uebung in einer Fliegerschule (Schwarzsee) in Zusammenhang gebracht worden. Die der Presse übergebene Zusammenfassung des Untersuchungsberichtes liess dies unerwähnt, was einige Zeitungen veranlasste, den angeblichen Zusammenhang als erwiesen zu betrachten. Inzwischen hat der Vorsteher des EMD, Bundesrat Chaudet, am 3. Juni vor dem Parlament erklärt: «Das Ost-Institut war an der Uebung nicht beteiligt.» Die Unrichtigkeit der in einigen Zeitungen erhobenen Vorwürfe ist damit bestätigt.

(Fortsetzung von Seite 7)

Sie schützen das Privateigentum an Produktionsmitteln, sie betrachten den heutigen Staat als einen Faktor des sozialen Fortschritts.
Ein anderes Argument in Richtung der Sozialdemokratie ist: «Ihr seid schwach», und allein könnt ihr nichts erreichen. Wir sind hingegen stark und werden euch helfen.
«Der Mythos über die aggressive Haltung der UdSSR und ihre Expansionsabsichten wurde diskreditiert, und die neue Geschichte beweist, dass die Fehler der Periode des Personenkultes (Vernichtung der Sozialdemokratie in den kommunistisch gewordenen Ländern und Anprangerung derjenigen in den kapitalistischen Ländern) nicht wiederholt werden.»
Aenderungen seien sowohl in der Haltung als auch in der politischen Linie der Kommunisten und Sozialdemokraten eingetreten, welche die Zusammenarbeit ermöglichen, sogar erwünschen.
Die internationale kommunistische Bewegung hat erneut eingesehen, dass die Beziehungen zu den Sozialdemokraten anders gestaltet werden müssen.
Die Politik der Versöhnung, die seinerzeit am 7. Kominternkongress (dreissiger Jahre) begonnen habe, sei von den damaligen Sozialdemokraten abgelehnt worden. Jetzt gebe es keinen Grund zur Ablehnung.
Die Differenzen, welche heute zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus bestehen, beziehen sich auf die Frage der Demokratie, Freiheit, des Ueberganges zum Sozialismus, des Mehrparteiensystems, der sozialistischen Revolution, der Diktatur des Proletariates und des proletarischen Internationalismus. In diesen Fragen stellen die Sozialdemokraten Vorbedingungen und fordern Garantien, die aber die Kommunisten nicht gehen können. Das Moskauer Organ erklärt zu diesen Differenzen: *«Die Kommunisten können keinen ideologischen Kompromiss eingehen, die oben angeführten Schwierigkeiten können aber überbrückt werden, denn es handelt sich meist um «akademische Streitfragen» (!).*
Das Moskauer Organ befürwortet — nach Thorez' Erklärung — sogar die Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten. Eine solche Vereinigung beider Arbeiterparteien wird von kommunistischer Seite auch theoretisch nicht zurückgewiesen. Thorez und Togliatti erklärten, dass in Frankreich und Italien die Bedingungen für die Arbeitereinheit sehr günstig seien. Das gleiche wird auch in bezug auf die Sozialdemokratische Partei in der Bundesrepublik Deutschland behauptet. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, dass die westeuropäische Sozialdemokratie den neuen taktischen Schachzug der Kommunisten ohne Bedenken zurückweist, denn die geschichtlichen Parallelen zeigen folgende Entwicklungstendenzen: Zusammenarbeit, Vereinigung nach nachher, nach evenuellem Sieg, die Vernichtung aller exponierten Sozialdemokraten. Es handelt sich um einen neuen taktischen Trick: die Chinesen spalten die kommunistische Bewegung, und Moskau will die Sozialdemokratie spalten: «divide et impera».

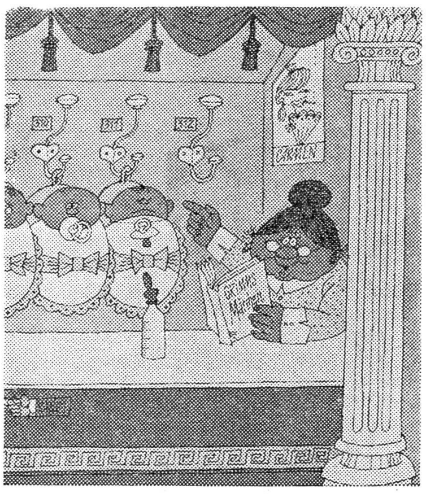
Kinder und Freizeit

Ferien, Freizeit, Spaziergänge, das sind Themen, die gerade im Sommer auch die osteuropäischen Karikaturisten beschäftigen. Unsere Beiträge stammen je zur Hälfte aus dem Ostberliner «Eulenspiegel» und der Warschauer satirischen Zeitschrift «Szpilki».



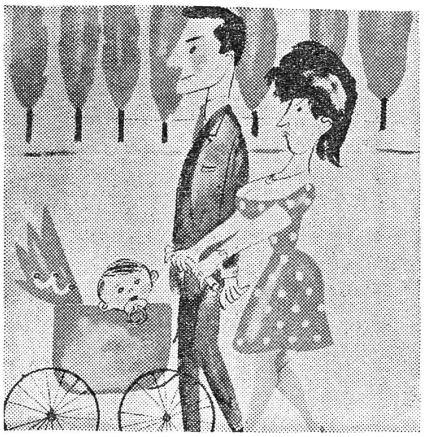
Ideen muss man haben, Mutti. («Eulenspiegel».)

Wie beherbergt man überraschenden Besuch, wenn die Wohnräumlichkeiten knapp sind? Unser oberes Bild zeigt die Lösung, wenn Kinder als Gastgeber amten.
Wenn man aber nicht daheim empfängt, sondern ausgeht, werden die kleinen Problemsteller selber zum Problem. Man kann seinen Nachwuchs nicht gut an der Garderobe abgeben, weil diese anderweitig belegt ist. Aber diese Ueberlegung bringt schon die wirtschaftliche Lösung der Tageskrippe: tagsüber ist die Garderobe ja frei. Und für den Abend kann man die Kinder dem Nachbarn überlassen: siehe oben.



«Das Krippenproblem in unserer Stadt ist jetzt gelöst. Bitte, holen Sie aber bis zur Abendvorstellung Ihre Kleinen ab.» («Eulenspiegel».)

Die kindliche Vorstellung von der Verfügung über ein Auto verrät, wie das der Vater schaukelt. Wozu noch zu bemerken wäre, dass es mit der Mentalität im kommunistischen Polen trotz dem «sozialistischen Bewusstsein» nicht viel besser bestellt ist als hier.
Und überraschend finden wir das beim Spaziergang der jungen Eltern bestätigt, deren Glauben an eine bessere Zukunft nicht eben ganz so stark zu sein scheint, wie es sein sollte.



«Endlich haben wir auch jemanden, dem wir sagen können, wieviel besser es in unserer Jugend war.» («Szpilki».)

«Ist das dein Auto?» — «Nein, mein Dienstwagen.» («Szpilki».)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, 3005 Bern • Briefadresse: Postfach 1178, 3001 Bern • Telephon: (031) 43 12 12 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Verwaltung: Oswald Schürch • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 20.— (Ausland Fr. 22.—; DM 20.—), Halbjahr Fr. 11.— (Ausland Fr. 12.—; DM 11.—). Einzelnummer Fr./DM —.80 • Postcheck 30-24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt M.
Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.